

N i e d e r s c h r i f t

**der 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Innenausschusses am 03.03.2004**

öffentlich

Ort: Stadthaus (Kleiner Saal), 06100 Halle (Saale),
Marktplatz 2

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Peter Jeschke	HAL	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	bis 17:45 Uhr
Frau Marion Krischok	PDS	bis 18:00 Uhr
Frau Marlies Schaffer	PDS	bis 18:10 Uhr
Herr Bernd Stemme	UBF	
Herr Uwe Bendrig	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Andre Scherer	SKE	
Frau Uta Balleyer		
Frau Gudrun Beitz		
Herr Eberhard Doege		
Herr Frank Helmenstein		

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertretung: Herr Tilo Biesecke
Herr Andreas Strauch	SPD	
Herr Ulrich Braun	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Frau Petra Meißner	FDP	

Gäste:

Herr Wätzel	
Herr Hans (FB 37)	zu TOP 4
Frau Lachky (FB 33)	zu TOP 8
Herr Horn (FB 33)	zu TOP 8

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Informationen
 - Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
 - Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der Operativen Einsatzgruppe des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 20. öffentliche Sitzung des Innenausschusses wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Innenausschusses, **Herrn Jeschke**.

Die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Jeschke bat um Aufnahme in die Tagesordnung

- Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde und
- Änderungsantrag von Stadträtinnen der HAL-Fraktion – zum Antrag der CDU

Er begründete dies u. a. damit, dass die Behandlung in der Sitzung im Monat Mai zu spät sei.

Herr Doege verwies auf die Geschäftsordnung des Stadtrates und der Ausschüsse, wonach Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden können, wenn die Angelegenheit keinen Aufschub (Dringlichkeitsentscheidung) dulde. Ein Dringlichkeitsaspekt sei nicht zu erkennen. Eine heutige Beratung bringe nicht viel. Eine inhaltliche Auseinandersetzung sei heute nicht möglich, da in der Kürze der Zeit die Verwaltung nicht in der Lage sei, dem Ausschuss ein Ergebnis vorzustellen.

Herr Godenrath und Herr Biesecke sprachen sich für die Vertagung der Anträge auf die Maisitzung aus.

Herr Jeschke verwies auf den vom Stadtrat erhaltenen Auftrag und den damit bestehenden dringenden Handlungsbedarf.

Herr Doege unterbreitete den Vorschlag, unter dem Tagesordnungspunkt 8 – Mitteilungen – einige Informationen zur Ausländerbehörde zu geben und die Anträge auf die Maisitzung zu vertagen.

Herr Misch ist der Ansicht, dass für die Bearbeitung des Änderungsantrages der HAL-Fraktion der Verwaltung noch etwas Zeit gelassen werden müsse.

Die Aufnahme der zwei Anträge in die Tagesordnung wurde mit **einer Ja-Stimme** abgelehnt.

Sodann wurde der Tagesordnung einstimmig zugestimmt.

T a g e s o r d n u n g :

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Informationen
 - Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
 - Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der Operativen Ermittlungsgruppe des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde mit je einer Stimmenthaltung (Stadtrat und sachkundiger Einwohner) genehmigt.

zu 4 **Informationen**

- **Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**
- **Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der Operativen Einsatzgruppe des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit**

Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Protokoll:

Den anwesenden Mitgliedern des Innenausschusses wurde das Fachkonzept des FB 37 übergeben. Die verspätete Übergabe begründete **Herr Doege** mit einem sehr langwierigen und schwierigen Abwägungsprozess innerhalb der Verwaltung. Die Stadt glaubt, jetzt ein vertretbares Konzept auch unter Berücksichtigung des Sicherheitsaspektes zu haben, das die Grundlage sein wird für den noch in diesem Jahr in den Stadtrat einzubringenden Brandschutzbedarfsplan. Er schlug vor, über das Konzept im Monat Mai zu beraten. Somit seien die Ausschussmitglieder in der Lage, sich inhaltlich auf die Thematik einzustellen.

Herr Jeschke war mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Herr Hans verwies auf die nicht einfache Materie und machte deutlich, dass über das ganze Jahr, also an 365 Tagen, die Stellen besetzt sein müssten und dies mit der Personalsituation der Verwaltung nicht vergleichbar sei.

Herr Doege teilte mit, dass Mummert Consulting zwei Vorschläge unterbreitet habe und die Verwaltung zu einem dritten Vorschlag gekommen sei. Im FB 37 sollten 1 Mio. Euro eingespart werden. Auf diese Summe sei auch das Beratungsunternehmen nicht gekommen.

Herr Biesecke wollte wissen, ob sich im Fachkonzept auch Änderungen des Bereitschaftsdienstes entsprechend dem EUGH-Urteil wiederfinden würden.

Herr Hans antwortete, dass es ein anhängiges Verfahren zu diesem Urteil gäbe. Der Deutsche Städtetag habe den Kommunen empfohlen, sich zunächst neutral zu verhalten. Im Fachkonzept seien Änderungen des Bereitschaftsdienstes nicht enthalten. Die Umsetzung des Urteils würde eine personelle Erhöhung von 12 % bedeuten.

Herr Biesecke fragte nach dem Stand der Beförderung der Beamten im Feuerwehrdienst.

Herr Hans antwortete, dass bundesweit überlegt werde, ob die Besoldung mit A 7 als Einstiegsamt gerechtfertigt sei. Er informierte über die gegenwärtigen Besoldungsgruppen.

Herr Doege ergänzte, dass in der Feuerwehr nach wie vor ein Beförderungsstau bestehe. Die Personalkostenplanung werde errechnet nach dem Personal-Ist und nicht nach den Planstellen. Damit sei für jede Personalmaßnahme kein Geld vorhanden. Es werde versucht, über einen Stufenplan die Beförderung vorzunehmen.

Ohne förmliche Abstimmung wurde der Vertagung der Behandlung des Fachkonzeptes für die Sitzung Monat Mai zugestimmt.

Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der Operativen Ermittlungsgruppe des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Protokoll:

Herr Helmenstein berichtete u. a., dass die Operative Ermittlungsgruppe (OPEG) gebildet wurde auf Grund der starken Verschmutzung der Stadt mit Hundekot, Zigarettenskippen, verstreuter Wochenblätter und der damit verbundenen Beschwerden und Forderungen aus der Bevölkerung. Die OPEG sei seit dem 10.03.2003 mit vier Mitarbeitern im Wechsel von 07:00 – 15:30 Uhr bzw. 15:30 – 22:00 Uhr tätig. Ziel der Tätigkeit sei die Aufklärung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Probleme mit Betroffenen habe es verhältnismäßig wenig gegeben, da nach taktvoller Arbeit in den meisten Fällen die Einsicht kam. Dennoch gab es Probleme bei der Durchführung. So mussten z. B. die Hinterlassenschaften von Hunden bei Feststellung auf frischer Tat aufgenommen werden. Bei der Arbeit der OPEG wurde deutlich, dass die Bewohner der Stadt Halle zwar an der Einhaltung der Ordnung und Sauberkeit in der Stadt interessiert seien, aber wenig Kenntnis über den Inhalt bestehender Satzungen und Gesetze hätten. Daher mache sich eine nochmalige Öffentlichkeitsarbeit über die Medien erforderlich.

Die Arbeit der OPEG werde seit dem 01.01.04 mit zwei Mitarbeitern fortgeführt. Dies sei erforderlich gewesen aufgrund der Einführung der 36-h-Woche und der dadurch sich anhäufenden anderen wichtigen Aufgaben des Vollzugsdienstes, wie Zwangsstilllegungen,

Beschlagnahme Führerscheine, Psych-KG. Die beiden Mitarbeiter kontrollieren wie bisher alle Schwerpunkte laut Statistik, wobei ihr Hauptaugenmerk bei den Wochenblättern, weggeworfenen Zigarettenskippen und Hundesteuer-Verstößen liege. Insgesamt wurden von der OPEG im Zeitraum vom 10.03.2003 bis 29.02.04 1.556 Maßnahmen durchgeführt (siehe beigefügte Anlage).

Herr Misch bezog sich auf die Ausführungen Herrn Helmensteins, wonach Maßnahmen eingeleitet worden seien, wenn Hunde auf Spielplätzen nicht angeleint waren. Nach seiner Erinnerung gäbe es ein generelles Hundeverbot auf Spielplätzen.

Zur Frage **Herrn Stemmes**, ob es bezüglich Graffiti neue Gedanken gäbe, antwortete **Herr Helmenstein**, dass dies direkt mit der OPEG nichts zu tun habe. **Herr Doege** ergänzte, dass bei Feststellungen der Schadensfall aufgenommen werde.

Herr Jeschke verwies auf den Erziehungseffekt.

zu 5 **Anfragen**

Protokoll:

Frau Krischok übergab fünf schriftliche Anfragen (siehe Anlage) zu den Schiedsstellen, die dem GB I zuständigkeitshalber zur Beantwortung übergeben werden.

Der GB I werde um Teilnahme an der nächsten Innenausschusssitzung gebeten, so **Herr Doege**.

Frau Schaffer wollte wissen, wer die Verkehrsschilder bezüglich der aktuellen Verkehrssituation kontrolliere. Die Zwintschöner Straße in Richtung Jugendklub sei eigentlich eine Sackgasse, aber als solche nicht ausgeschildert.

Ferner verwies sie auf den Sicherheitsstandard der Straßen. Sie möchte wissen, wie viel Reparaturen an Straßen aufgrund von Winterschäden nötig seien und bat um eine Übersicht der dringlich erforderlichen Reparaturen mit Angabe der Kosten.

Herr Scherer teilte mit, dass an der Ecke Humboldt-/Lessingstr. gegenüber dem Wasserturm offensichtlich nicht gereinigt werde.

Die Frage **Herrn Bieseckes**, wann Schöffenwahlen stattfinden werden, wurde von **Herrn Misch** dahingehend beantwortet, dass dies noch in diesem Jahr zu geschehen habe. Die Amtsgerichte werden sich hinsichtlich der Anzahl der zu unterbreitenden Vorschläge an die Verwaltung wenden. In der Vergangenheit habe die Verwaltung dies immer öffentlich bekannt gemacht.

Der erneuten Bitte **Frau Schaffers**, Blumenkästen an der Taxihaltestelle Waisenhausring aufzustellen, kann nicht entsprochen werden. Insoweit wurde auf die Beantwortung ihrer diesbezüglichen Frage aus der Sitzung des Innenausschusses am 14.01.04 verwiesen.

Auf die Frage **Frau Schaffers**, was mit den nicht in Anspruch genommenen Mitteln des Winterdienstes in den Jahren 2001 und 2003 werde eingehend, bezog sich **Herr Doege** auf den ab 2003 mit der Stadtwirtschaft abgeschlossenen Zehnjahresvertrag, der vom Stadtrat beschlossen sei.

zu 6 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Es gab keine Anfragen.

zu 7 Anregungen

Protokoll:

Es gab keine Anregungen.

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Herr Doege informierte zur **Situation der Ausländerbehörde**.

Die Ausländerbehörde sei in Halle-Neustadt angesiedelt und habe im Wesentlichen zwei Bearbeitungsbereiche, und zwar Ausländerwesen und Asylwesen/Aufenthaltsbeendigung/Umverteilung. In beiden Bereichen seien jeweils fünf Mitarbeiter beschäftigt. Er ging auf die Randbedingungen ein, die da sind: Die Ausländerbehörde sei gesetzlich für die Durchführung von Rufbereitschaft an arbeitsfreien Tagen verpflichtet. Dafür werden jeweils zwei Mitarbeiter eingeteilt. Für die Durchführung der Rufbereitschaft falle ein Freizeitausgleich an, je Mitarbeiter 6,5 Arbeitswochen. Ferner wirke sich auch der ab 01.12.03 abgeschlossene Tarifvertrag negativ aus. Unter diesen Randbedingungen werde versucht, die Arbeit der Ausländerbehörde so zu organisieren, dass zumindest die Bearbeitung der erforderlichen, notwendigen Vorgänge erfolge. Die Arbeitsabfolge müsse inhaltlich korrekt erfolgen und sei mit entsprechenden Wartezeiten verbunden. Es gäbe in der Stadt keine korrekte Erfassung, die den Zeitaufwand je Arbeitsgang aussage. Dazu sei eine entsprechende Analyse und daraus ableitend Stellenbedarfsbemessung nötig. Zurzeit gehe die Stadt davon aus, dass an den Sprech- und Öffnungstagen ca. 15 Minuten pro Beratungsfall für die Mitarbeiter zu erbringen seien. Daher gäbe es Grenzen und hieße unter Umständen, dass ausländische Bürger, die eine „Nummer“ gezogen haben, aber leider am gleichen Tag nicht angehört werden können. Es sei auch schlecht einschätzbar, was an Wartezeiten zumutbar wäre, zumal das jede Person anders empfinde. Es könne nicht der Forderung entsprochen werden, dass keine Wartezeiten auftreten würden. Daher habe der GB III eine Organisationsuntersuchung veranlasst, die vom GB I, Ressort Organisation des FB 11, durchgeführt werde. Vorbereitende Maßnahmen seien bereits mit der Ausländerbehörde besprochen worden. Es werde davon ausgegangen, dass diese Untersuchung bis Ende September dieses Jahres abgeschlossen sein werde.

Herr Scherer regte eine Unterstützung für „Vorfeldtätigkeiten“ an durch Vereine, Institutionen, wie z. B. Eine-Welt-Haus.

Herr Jeschke wollte wissen, ob es noch Vereinfachungen geben könnte, die zur Entlastung des Arbeitsanfalls führen würden.

Frau Lachky sagte, dass bereits Möglichkeiten der Vorinformation genutzt werden. Z. B. werde das Klientel postalisch informiert, wenn festgestellt wurde, dass ein Dokument ablaufe. Es gäbe Informationsbedarf vonseiten der ausländischen Bürger, den die Mitarbeiter

der Ausländerbehörde sachlich zu begegnen hätten. Das Ausländerrecht und das Asylwesen seien eine staatliche Aufgabe, die nicht an andere Institutionen übergeben werden dürfe.

Herr Misch ging um 17:45 Uhr.

Frau Schaffer wollte wissen, welche Arbeiten nicht ehrenamtlich durchführbar seien. Sie regte an, die Anträge gemeinsam mit dem Gleichstellungsausschuss zu behandeln.

Herr Biesecke bat um Abschluss der Rednerliste.

Abstimmung:	4 Stadträte	- Ja-Stimmen
	2 Stadträte	- Nein-Stimmen
	3 sachkundige Einwohner	- Ja-Stimmen
	1 sachkundiger Einwohner	- Stimmenthaltung

Herr Horn merkte an, dass es nicht so sei, dass der ausländische Staatsangehörige vier oder fünf Mal vorspreche und er ein Formular nicht verstehe. Die Wartezeiten könnten genutzt werden, um Formulare auszufüllen, die mehrsprachig seien. Probleme könnten nur entstehen, wenn es Ausländer gäbe, die des Lesens und des Schreibens nicht kundig seien. Dies sei aber sehr selten der Fall. Die Bürgerservicestelle (Informationsstelle) sei primär für die Ausländerbehörde tätig. Dort werden die Formulare ausgegeben. Es werde die EDV genutzt, die rechtzeitig vor Ablauf einer Aufenthaltsgenehmigung anzeige, dass es einer Verlängerung bedürfe oder ein Pass in Bälde ablaufen werde. In solchen Fällen werde ein Anschreiben an die Betroffenen gesandt unter Beifügung des entsprechenden mehrsprachigen Formulars und eines entsprechenden Informationsblattes. Diese Verfahrensweise habe sich bewährt.

Herr Scherer regte eine Übergangslösung an, indem Räume ortsnah zur Verfügung gestellt und das Ausfüllen von Unterlagen durch Vereine begleitet werde.

Herr Jeschke fasste zusammen, dass die Politik großes Interesse an der Arbeit der Ausländerbehörde habe, auch im Interesse der Sorgen und Nöte der Beschäftigten. Von Herrn Doege sei zugesichert worden, dass eine Organisationsuntersuchung erfolge, die sechs Monate dauere. Was die Anregung aus dem Ausschuss bezüglich der Unterstützung der Ausländerbehörde betreffe, sollte das bei den weiteren Überlegungen mit beachtet werden.

Herr Doege informierte über den in der Zeit vom 31. 03. bis 03. 04. 2004 stattfindenden **Frühjahrsputz**, zu der die Oberbürgermeisterin aufrufen werde. Wie auch in den vergangenen Jahren, solle das Engagement vieler Hallenserinnen und Hallenser, Wohnungsunternehmen, Vereine, Parteien, Schulen, Kindereinrichtungen, Gewerbetreibende, Gartensparten sowie städtischer Ämter geweckt werden. Die Veröffentlichung des Aufrufes erfolge im Amtsblatt am 17.03.2004.

Herr Biesecke bat um die Einbeziehung der Garageninteressengemeinschaften.

Frau Krischok ging um 18:00 Uhr.

Der Innenausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

Herr Doege ging auf den Entwurf des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ein, der als Synopse den Ausschussmitgliedern zugesandt wurde. Der Entwurf werde in den entsprechenden Gremien des Landtages beraten. Letztendlich könne das Innenministerium in besonderen Lagen die Aufgaben wahrnehmen und Entsprechendes veranlassen.

Werde für die Gemeinde etwas veranlasst, müsse diese auch die Kosten tragen.

Herr Sacher teilte mit, dass die Hilfsorganisationen sich gegen den § 24 ausgesprochen hätten. Dieser sei sehr „schwammig“ ausgelegt.

Da die ausgeteilte Synopse unvollständig ist (nur bis § 9), werden die fehlenden Seiten nachgereicht.

Frau Balleyer erwähnte, dass vielfältige Pflegemaßnahmen unter Anleitung des FB 31 durchgeführt werden, über die im Innenausschuss einmal berichtet werden solle. Dabei bezog sie sich insbesondere auf das SCHIRM-Projekt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
